

**Pränumerations - Preise:**

Für Laibach

Quartalsjährig . . . 6 fl. — fr.  
Halbjährig . . . 3 „ — „  
Stichteljährig . . . 1 „ 50 „  
Monatlich . . . — „ 50 „

Mit der Post:

Quartalsjährig . . . 9 fl. — fr.  
Halbjährig . . . 4 „ 50 „  
Stichteljährig . . . 2 „ 25 „

Für Zustellung ins Haus viertel-  
jährig 25 fr., monatlich 9 fr.

Einzelne Nummern 5 fr.

**Laibacher**

# Tagblatt.

**Redaktion:**

Bahnhofgasse Nr. 132.

**Expedition und Inseraten-**

**Bureau:**

Kongressplatz Nr. 81 (Buchhandlung  
von J. v. Kleinmayr & S. Bamberg).

**Inserationspreise:**

Für die einspaltige Fetitzelle 3 kr.  
bei zweimaliger Einschaltung à 5 kr.  
dreimal à 7 kr.  
Inserationsstempel jedesmal 30 „

Bei größeren Inseraten und öfterer  
Einschaltung entsprechender Rabate.

Anonime Mittheilungen werden nicht berücksichtigt; Manuskripte nicht zurückgesendet.

**Nr. 90.**

**Donnerstag, 22. April. — Morgen: Adalbert.**

**1869.**

## Die Gemeinde Laibach und die Spitalkostenfrage.

II.

Aus der von uns mitgetheilten historischen Skizze ergeben sich folgende Thathsachen: 1. Die Stadtgemeinde Laibach hat von dem Vermögen des hiesigen Krankenhauses weder je etwas erhalten, noch dasselbe verwaltet; 2. sie zahlt derzeit außer der zur Deckung der Kosten des Krankenhauses bestimmten allgemeinen Landesumlage noch besonders die Verpflegungsgebühren für ihre in dieser Anstalt verpflegten Kranken; 3. die Dienstherrn zahlen die 14tägigen Verpflegungskosten für ihre Dienstboten, Gesellen und Lehrlinge; 4. die Gesamtsumme der Leistungen der Stadtgemeinde für ihre mittellosen Kranken an das Spital übersteigt die Gesamtsumme des Erfordernisses für die Verpflegung dieser Kranken seit dem Jahre 1851 jährlich um zirka 3000 fl., was bis jetzt, geringe gerechnet, einen Ausfall von 54000 repräsentirt; 5. allen diesen Leistungen der Stadtgemeinde liegt weder ein besonderes Vertragsverhältniß, noch eine gesetzliche Bestimmung, sondern lediglich die Statthalterei-Verordnung vom 31. Mai 1851 (L. G. B. Nr. 144), also eine administrative Verfügung, zu Grunde, welche jeder Begründung entbehrt und mit den früheren in dieser Beziehung erlassenen Regierungsverordnungen im offenbaren, nicht aufzulösenden Widerspruche steht!

Angesichts dieser Sachlage, und da der Stadtgemeinde Laibach eine größere Leistung nicht aufgebürdet werden kann, als von allen übrigen Gemeinden des Kronlandes Krain beansprucht wird, fand sich der verstorbene Bürgermeister Michael Ambrosch bewogen, diesen wichtigen Gegenstand in einem umfassenden Exposé in der Gemeinderathssitzung vom 26. April 1862 zur Sprache zu bringen, in Folge dessen eine Vorstellung an den krainischen Landesauschuß gerichtet und dieser ersucht wurde, in Würdigung der dargelegten Gründe bei dem nächsten Landtage die Uebernahme der Spitalverpflegungskosten für die nach Laibach zuständigen Individuen auf den Landesfond zu beantragen. Diesem Ansuchen wurde von Seite des Landesauschusses mit der Note vom 11. November 1865 Z. 3218 keine Folge gegeben, jedoch dem Magistrate anheimgestellt, den fraglichen Gegenstand auf einem anderen Wege beim Landtage in Antrag zu bringen.

In Folge dessen wurde im Dezember 1865 von Seite des Stadtmagistrates eine Petition im obangedeuteten Sinne dem krainischen Landtage unterbreitet und derselben eine umfassende und gründlich ausgearbeitete Denkschrift beigegeben.

In der Sitzung vom 10. Februar 1866 hat der Landtag diese Petition sammt der bezüglichen Denkschrift dem Landesauschusse mit der Weisung zugewiesen, die für die Landeswohlthätigkeits-Anstalten bestehenden Konkurrenznormen einer allseitig reiflichen Prüfung zu unterziehen und mit gleichzeitiger Bedachtnahme auf einige besonders hervorzuhebende Punkte beim nächsten Landtage die erforderlichen Aenderungen zu beantragen.

Im Resultate der diesfälligen Erhebungen und Prüfungen ist nun der Landesauschuß einerseits selbst zur Ueberzeugung gelangt, daß sich die bisherige willkürliche Belastung der Stadtgemeinde in der That nicht rechtfertigen lasse und daß es wohl dem Rechtsprinzip am entsprechendsten wäre, wenn auch der Stadtgemeinde gegenüber keine Ausnahme gemacht, sondern dieselbe gleich allen anderen Gemeinden behandelt würde, — andererseits er aber auch aus Billigkeitsgründen dafür gewesen, daß die Stadtgemeinde wenigstens einen solchen Beitrag aus der Stadtkasse für das Spital jährlich leiste, welcher nach Maßgabe der für ihre Kranken auflaufenden Verpflegungsgebühren durch den von der Stadt Laibach mittelst der speziellen zur Deckung der Krankenverpflegungskosten zu entrichtenden Landesumlagen nicht gedeckt wird.

Nachdem festgestellt die Stadtgemeinde bei einer Zahlung von jährlich zirka 4500—5000 fl. für die zu ihr zuständigen Kranken einschließlich ihres Beitrages an den Landesumlagen um beiläufig 3000 fl. jährlich mehr beigetragen hat, als sich das Gesamtverforderniß für die Verpflegung ihrer Kranken herausstellte, und diese Mehrleistung beinahe  $\frac{2}{3}$  dieses Gesamtverfordernisses beträgt, fand sich der Landesauschuß veranlaßt, bei dem Landtage zu beantragen, daß die Stadtkommune Laibach vom Beginne des Jahres 1867 an für die zu ihr zuständigen, in dem hiesigen allgemeinen Krankenhause behandelten zahlungsunfähigen Kranken die Verpflegungsgebühr nur mit  $\frac{2}{3}$  der jeweilig bestehenden Taxe zu entrichten habe.

Auch der Finanzauschuß des Landtages, welchem dieser Antrag des Landesauschusses zur Vorberatung und Berichterstattung zugewiesen wurde, hat in seinem Bericht vom 21. Dezember 1866 in Erwägung, daß den derzeitigen Leistungen der Stadtgemeinde Laibach an das hierortige Krankenhaus für ihre mittellosen Individuen weder ein besonderes Vertragsverhältniß, noch eine gesetzliche Bestimmung zu Grunde liegt, und diese Leistungen lediglich durch eine administrative Verfügung (Statthalterei-Verordnung vom 31. Mai 1851), welche jeden Rechtsgrundes entbehrt und mit dem früheren in dieser Richtung erlassenen Regierungsverordnungen in vollstem Widerspruche steht, und nur in Anbetracht, daß wegen der günstigeren Lage der Stadt zu dem Krankenhause Rücksichten der Billigkeit es erheischen, daß für die Mehrbenützung derselben ein Mehrbetrag entrichtet werde — sich jenem Antrage des Landesauschusses vollkommen angeschlossen und ihn beim Landtage aufs wärmste anempfahlen.

Es stand nun zu erwarten, daß ein diesen Anträgen konformer Beschluß des Landtages die fragliche, den Interessen der Kommune Laibachs so abträgliche bisherige Behandlung der Beitragspflicht zum Krankenhause in einer der Sachlage und dem Rechte angemessenen Weise ordnen werde.

Allein dies war leider nicht der Fall, da die Majorität desselben in der 15. Sitzung vom 28ten Dezember 1866 das mehrgedachte Ansuchen der Stadtgemeinde Laibach um Regelung ihrer doppelten Beitragspflicht zu den Kosten der Verpflegung

ihrer Angehörigen im hiesigen Zivilspitale, — entgegen den Anträgen des Landes- und Finanzauschusses — abgelehnt hat.

(Schluß folgt.)

## Die Jesuiten und die Blattern.

Das Dementi spielt bekanntlich in der modernen Regierungskunst eine hervorragende Rolle, wenngleich dann und wann der Begriff „hervorragend“ sich mehr auf die Quantität der Anwendung, als auf die Qualität der Ausführung bezieht. Das Dementi spielt in den Händen der modernen Staatsmänner beiläufig die Rolle, welche meistens das Orakel des Dreifußes in den Händen der Tempelpriester spielte. Die Kunst eines formgerechten Dementis besteht darin, mit vielen Worten möglichst wenig zu sagen. Solche und ähnliche Betrachtungen beschließen uns, als wir in der Dienstagsnummer der „Laibacher Zeitung“ ein hochoffizielles Dementi durchlasen, welches an die Adresse des „Tagblattes“ gerichtet war und sich zur Aufgabe stellte, nachzuweisen, daß die Regierung in Sachen der Jesuitenmissionen in Planina keinen Anlaß gefunden habe, eine Verfügung zu treffen. Das „Tagblatt“ hat nämlich die Nachricht gebracht, der Bürgermeister von Planina habe an die Regierung eine Vorstellung gerichtet, daß die Abhaltung einer Jesuitenmission zu der Zeit, wo die Leute zur Arbeit am Felde nothwendig sind, höchst überflüssig, in Anbetracht einer in der Gegend herrschenden Blatternepidemie aber auch gefährlich sei.

Als wir nun das Dementi lasen, erwarteten wir zum mindesten die Aufklärung, daß gar keine Blatternepidemie da sei, daß gar keine Mission in Aussicht stehe u. s. w. Statt dessen wird die Anwesenheit von 15 Blatternkranken in der genannten Gegend bestätigt. Jedoch sei die Verfügung getroffen, daß Personen, welche mit den Kranken unvermeidlich in Berührung kommen, während der Krankheitsdauer weder Kirche noch Schule besuchen dürfen.

Wir stellen an den Verfasser jenes Dementis nun folgende Fragen: Wie viel Blatternkranke müssen in einer Gegend sein, bis die Landesregierung die Gefahr einer Weiterverbreitung anerkennt? Sind 15 Blatternkranke in drei kleinen Ortschaften der Regierung kein genügender Anlaß, an eine Weiterverbreitung der Blattern zu denken, eventuell Vorkehrungen gegen das Umsichgreifen einer Epidemie zu treffen? Glaubt der Verfasser wirklich, daß der angeordnete Schutz ausreichen werde? glaubt er, daß der Geistliche, der zu den Kranken geht und dann bei der Mission Beicht hört, dies unterlassen werde, und daß die Bewohner eines Hauses, in welchem Blatternkranke sind, sich die beliebte Gelegenheit entgehen lassen werden, bei den Jesuitenmissionen dem geheiligten Trägheitsmomente sich hinzugeben?

Wir theilen die offiziellen Ansichten der „Laibacher Zeitung“ durchaus nicht. Die größten Epidemien haben mit einer kleinen Anzahl von Kranken begonnen, und uns scheint die Anwesenheit von Blattern in einer Gegend überhaupt schon geeignet,

die strengste Wachsamkeit und die umfassendsten Maßregeln der Regierungsorgane zu bedingen. Volksversammlungen aber aus den Blatternbezirken rekrutirt, scheinen uns, mit Verlaub der „Laibacher Ztg.“ das beste Mittel zur Verbreitung der Krankheit und offen gesagt, begreifen wir die Regierung gar nicht, welche hierin keinen Anlaß zur Verhinderung eines massenhaften Zusammenströmens von Menschen findet, wie es bei Abhaltung von Missionen doch vorzukommen pflegt.

Doch nicht das Gift der Blattern allein hat den wackern Bürgermeister von Planina veranlaßt, Unterstützung bei der Regierung zu suchen, ihn bezog hiezu auch die Sorge um des Volkes Wohlfahrt, die Sorge um Erhaltung der so nothwendigen Arbeitskraft bei Bestellung von Feld und Acker. Es ist doch gewiß zu bedauern, wenn hunderte von Menschen in der besten Arbeitszeit träge herumlungern und dabei Feld und Wiese ungebaut liegen.

Wenn der Klerus im Lande ohne fremde Hilfe nicht im Stande ist, dem Volke die Lehren des Glaubens und der Moral beizubringen, so ist er seiner Aufgabe nicht gewachsen; wir glauben nicht, daß ein anderer Stand es mit seiner Ehre vereinbarlich halten würde, sich Fremde kommen zu lassen, die seine Dienste versehen. Und die Regierung würde selbst an der Fähigkeit eines Bezirkshauptmanns zweifeln, welcher zur Vernehmung seiner Amtsgeschäfte sich eine Mission von Bezirkshauptmännern kommen ließe. Zur Besorgung der geistlichen Berufsgeschäfte haben wir unsere Pfarrer und Kaplanen, wir brauchen daher keine Jesuiten; die sollen dort hin gehen, wo es keine Pfarrer und keine Kaplanen gibt.

Ohne also der Regierung ein absolutistisches Vorgehen zuzumuthen zu wollen, fänden wir trotzdem Anlaß genug, den gerechten Beschwerden des Bürgermeisters von Planina Gehör zu geben, und dies selbst dann noch, wenn schon bei sechs Kranken die Blattern im Abtrocknen begriffen sind.

## Schluss der Grundsteuer-Debatte.

In der Sitzung vom 20. April endlich schloß das Abgeordnetenhaus die Beratungen über die Grundsteuerreform. Die letzten beiden Abschnitte, welche nur technische Fragen, wie die Vermessung und das Reklamationsverfahren für gewisse Fälle normiren, stießen auf keinen Widerstand. Die betreffenden Paragraphen erhielten vielmehr ohne Einwand von irgend welcher Seite die Zustimmung des Hauses. Die Minorität desselben nahm erst den Kampf bei den letzten beiden Paragraphen wieder auf. Abg. Grocholski bekämpfte nämlich zunächst den Paragraph 39, welcher bestimmt, daß nach Ablauf einer Periode von 15 Jahren, vom Jahre der ersten Steuereinteilung auf Grundlage der Schätzungsergebnisse nach diesem Gesetze an, periodisch von 15 zu 15 Jahren eine Revision des Grundsteuer-Katasters in allen Ländern vorgenommen werden solle. Herr v. Grocholski unterzog sich hierüber der wenig dankenswerthen Aufgabe, gegen die Fixirung des Termins für Revision des Katasters zu sprechen.

Die Abstimmung entschied gegen den betreffenden Paragraphen und auch gegen die Einschaltung eines Antrages, der dahin ging, das Grundsteuergesetz erst dann in Vollzug zu setzen, wenn über die Vorlage das Gutachten von Sachverständigen aus verschiedenen Ländern eingeholt sein wird. Sowohl der Referent als der Finanzminister erblickten in diesem beantragten Parere Sachverständiger eine Verzögerung, auf die man nicht eingehen konnte. Das Haus stimmte den Ansichten Dr. Brestels bei.

Nach Nichtigstellung der im Verlaufe der sieben-tägigen Diskussion eingetretenen Aenderungen im Gesetzentwurf schritt man zur dritten Lesung, bei der die galizischen Abgeordneten und einige Tiroler gegen das Gesetz votirten.

Gegen halb 1 Uhr wurde die Sitzung geschlossen und für Mittwoch die Wahl in die Delegation auf die Tagesordnung gesetzt.

## Gehalte der Volksschullehrer.

In der jüngst abgehaltenen Plenarversammlung des Lehrervereins „Volksschule“ in Wien wurde der Entwurf einer Petition an das Abgeordnetenhaus angenommen, worin unter Hinweis auf die Unzulänglichkeit der bisherigen Gehalte der Volksschullehrer um eine Regulirung der Lehrergehalte ange-sucht wird. Die Petition betont, daß im Interesse der Hebung des Schulwesens überhaupt die Frage der zeitgemäßen materiellen Entlohnung der Volksschullehrer nunmehr, da die neue Schulgesetzgebung bald feste Formen annehmen wird, eine Entscheidung erheische. Hiefür spreche auch der sich fühlbar machende Mangel an Volksschullehrern, „denn“ heißt es in der Petition weiter, „wie sollen junge, talentvolle Leute sich dem Volksschullehrerstande zuwenden in einer Zeit, wo die Lehrer noch dem Kampf mit Noth und Armuth preisgegeben, in einer Zeit, in welcher dem strebsamen Jüngling bei den zahlreichen technischen und kommerziellen Privatunternehmungen Gelegenheit sich darbietet, mit weit geringerer Mühe und unter weniger Verantwortlichkeit eine anständige Versorgung zu erhalten.“ Die Einwendung, daß sich die Lehrer einen Nebenerwerb verschaffen können, wird als nicht stichhaltig bezeichnet, da hiedurch die Kraft des Lehrers erschöpft und in vielen Fällen sein Ansehen herabgewürdigt werde. Schließlich wird auf § 55 des Volksschulgesetzes hingewiesen, der zwar die Aufstellung eines Minimalgehaltes enthält, allein diese bloße Andeutung lasse der willkürlichen Auffassung von Seite der Schulgemeinden einen zu großen Spielraum, weshalb die Petition es ausspricht, daß nur im Wege der Reichsgesetzgebung eine den Zeitverhältnissen entsprechende Entlohnung der Volksschullehrer veranlaßt werden könne. Der Verein „Volksschule“ wird an die übrigen Lehrervereine der österreichischen Monarchie die Aufforderung richten, sich diesem Schritte anzuschließen und außerdem eine Petition ähnlichen Inhalts, in welcher die Verhältnisse der Volksschullehrer eingehender dargelegt werden sollen, an den niederösterreichischen Landtag richten, da die Fixirung eines Minimalgehaltes in die Kompetenz der Landes-Schulgesetzgebung fällt. Es ist Aussicht auf Fixirung eines Minimalgehaltes von 600 fl. vorhanden.

## Der römische Stuhl

scheint va banque spielen zu wollen. Es liegt in Rom dem Vernehmen nach in der Absicht, die Bescheidung des ökumenischen Konzils durch Repräsentanten Frankreichs, Oesterreichs und Spaniens nicht zuzulassen, weil diese Mächte, seit ihre Verfassung und Gesetzgebung nicht mehr streng die Prinzipien der katholischen Kirche einhält, als katholische Mächte nicht ferner anerkannt werden könnten. Das ist allerdings muthig genug, nur scheint man außer Acht zu lassen, daß es nach einer solchen Herausforderung sich leicht ereignen könnte, daß die nicht mehr katholischen Mächte ihre Bischöfe zu Hause behalten und daß die Geschichte dereinst von papiernen Konzilsbeschlüssen in partibus infidelium auf gläubigem Grund und Boden zu berichten haben würde. Zum Otkroyiren gehören jederzeit zwei, einer, der otkroyirt, und ein anderer, der sich otkroyiren läßt. Wie man wenigstens in Wien darüber denkt, dürfte dem heiligen Stuhl schon jetzt kein Geheimniß mehr sein.

## Eine Hand wäscht die andere.

In der internationalen Politik scheint sich abermals eine bedeutsame Wandlung vorzubereiten: in welcher Richtung — schreibt man der „Tr. Ztg.“ aus Wien — darüber dürfte die fast begeisterte Anerkennung einen Fingerzeig geben, mit der man in Berlin den Inhalt der Lavalette'schen „Friedensworte begrüßte, namentlich wenn man damit den schleppenden Gang der französisch-belgischen Verhandlungen zusammenhält. Es liegt, um es gerade heraus zu sagen, so etwas von einer Annäherung Frankreichs und Preußens in der

Luft und zwar auf der Grundlage, daß die belgische und die deutsche Frage in eine Wechselbeziehung gebracht werden, daß Preußen Frankreich in der „volkswirtschaftlichen“ Heranziehung zunächst seines belgischen Nachbarn, Frankreich Preußen in der Interpretation des Prager Friedens und speziell in Nordschleswig und am Main gewähren läßt. Haut Preußen den französischen Juden nicht, so wird Frankreich den preussischen Juden nicht hauen. Es wäre ungerechtfertigt, wollte man behaupten, daß schon jetzt fertige Abmachungen darüber beständen: diese Abmachungen sind kaum noch im Embryo vorhanden. Aber es wäre eben so ungerechtfertigt, die Eventualität solcher Abmachungen nicht in's Auge zu fassen, nachdem Lavalette nur noch das Recht und die Würde Frankreichs, aber nicht mehr seine Interessen betont.

## Was der Staat seinen Geistlichen zahlt.

Der spanische Staat zahlt für 26.000 katholische Priester jährlich 173 Millionen Realen, wozu noch 13 Millionen für Nonnen in 60 Klöstern und 6 Millionen für Mönche kommen, während Frankreich für 41.000 Geistliche katholischen, protestantischen und jüdischen Bekenntnisses nur 160 Millionen bezahlt. Dabei darf man nicht vergessen, daß die Geistlichkeit in Frankreich verpflichtet ist, zwischen Aufgang und Untergang der Sonne kirchliche Berrichtungen, wie Taufen, Beerdigungen u. s. w., im Nothfalle unentgeltlich vorzunehmen, während der spanische Klerus auch nicht die geringste Handlung umsonst vollzieht. Ueberdies besteht in einzelnen Provinzen die Sitte des freiwilligen Zehnten, und an unzähligen Orten bringen die Gläubigen zum Gottesdienst am Sonntag ein Brot und eine Kerze für die Geistlichen mit. In Burgos, einer Stadt von 14.000 Einwohnern, verzehren die dort sesshaften 1500 Geistlichen mehr, als der Bodenertrag der ganzen Provinz einbringt. Die Trennung von Staat und Kirche ist für Spanien eine ökonomische Lebensfrage.

## Politische Rundschau.

Laibach, 22. April.

Die in der gestrigen Abgeordnetenhaus-sitzung vorgenommenen Delegationswahlen ergaben folgendes Resultat: Es wurden gewählt für Böhmen: Koy, Wächter, Groß, Klier, Schier, Steffens, Van-hanz, Webers, Daubel, Limbel; Ersatzmänner Wolf, Bauer; für Dalmatien: Capenna; Galizien: Ziemiakowski, Czarkowski, Czernowski, Wochenski, Kubicki, Golejewski, Wenczik; für Niederösterreich: Kaiser, Spiegel, Helfersdorfer; für Oberösterreich: Figuly, Weichs; für Salzburg: Froshauer; für Steiermark: Rechbauer, Kaiserfeld; für Kärnten: Pachs; für Krain: Svetec; für Bukowina: Petrino; für Mähren: Hopfen, Vanderstraß, Mandelblüh, Sturm; für Schlesien: Demel; für Tirol: Leonardi, Giovanelli; für Vorarlberg: Pascotini; für Istrien: Cerne; Gradiska: Stieger; für Triest: Vidulich, Ersatzmann Columbani.

Die ungarischen Blätter äußern sich ziemlich absprechend über den Grafen Taaffe und seine Ministerpräsidentenschaft. Der „Ung. Kl.“ meint, das beste daran sei, daß Ungarn sich nicht darum zu kümmern brauche; überhaupt, meint der „Ung. Kl.“, thäten die ungarischen Blätter gut, den Oesterreichern weniger gute Rathschläge zu ertheilen.

Der ungarische Reichstag wird, wie man aus Pest meldet, Samstag um 1 Uhr von Sr. Majestät mit der Thronrede feierlich eröffnet. Die Sitzungen desselben werden bis 1. Juli dauern; alsdann wird er des Zusammentritts der Delegationen halber vertagt. Daß die vom „Ung. Kl.“ gebrachte Nachricht von dem Rücktritte des Ministers des Innern, Baron Wenckheim, rasch dementirt wurde, wird bei der allgemeinen Unpopularität dieses Ministers keinen allzu günstigen Eindruck machen. Man glaubt unbedingt, daß das Mini-

sterium Andraßy sich denn doch nicht der Nothwendigkeit wird entziehen können, einige seiner Mitglieder über Bord zu werfen.

Das italienische Budget für das Jahr 1870 weist folgende Ziffern aus: Die ordentlichen und außerordentlichen Einnahmen betragen 913,846.000, die ordentlichen und außerordentlichen Ausgaben 1.024,687.000, es stellt sich demnach ein Gesamtdefizit von 110 Millionen heraus. Hierzu tritt die Bilanz der Kirchengüter-Operation mit einer Gesamteinnahme von 83 1/2 Millionen und einer Gesamtausgabe von 47 1/2 Millionen. Das obbezifferte Defizit vermindert sich demnach um den aus dieser Operation resultirenden Aktivrest von 36 Millionen.

Frankreich zeigt sich, seitdem die Kandidatur des Herzogs von Montpensier von den leitenden Staatsmännern in Madrid bei Seite geschoben worden, über die Maßgen gefällig gegen die provisorische Regierung von Spanien, so zwar, daß der spanische Geschäftsträger in Paris, Herr Crespo, selbst überrascht war, bei dem Marquis von Lavalette nicht auf den geringsten Widerspruch zu stoßen, als er vor einigen Tagen bei demselben die Zulassung des spanischen Anlehens auf den Pariser Markt nachsuchte.

## Zur Tagesgeschichte.

— Die österreichische Flotte wird nun um drei neue Schiffe vermehrt. Se. Majestät der Kaiser hat den Bau dreier Schraubenfregatten genehmigt, welche die Namen „Erzherzog Albrecht“, „Graf Radetzky“ und „Custozza“ führen werden. Zwei dieser Fregatten, und zwar der „Albrecht“ und die „Custozza“, werden Panzerschiffe, während der „Radetzky“, welcher als Ersatz für das nächst Lissa verunglückte Kriegsschiff gleichen Namens zu dienen hat, wieder als Holzregatte gebaut wird. Alle drei Schiffe werden auf den Werften des Herrn Tonello erbaut werden, die bezüglichen Kontrakte sind bereits abgeschlossen und wird schon in den nächsten Wochen der Bau selbst beginnen.

— Der volkswirtschaftliche Ausschuss des Abgeordnetenhauses hat in seiner Sitzung vom 7. d. M. die Gesetzesvorlage des Ackerbauministeriums, betreffend eine Preisanschiebung für größere Maulbeerbaum-Plantagen, vorzugsweise in der Nähe bevölkerter Ortschaften, einstimmig gutgeheißen und bewilligt, daß ein Betrag von 10.000 fl. zu Preisen für solche Anlagen in das Budget des Jahres 1876 eingestellt werde. Denn eines Zeitraumes von sieben Jahren wird es bedürfen, um aus dem Samen einen zur Blätter-Ernte geeigneten Baum heranzubilden. Der Zweck der ganzen Maßregel ist aber nicht Hebung der Maulbeerzucht an und für sich, sondern vielmehr Schaffung eines lohnenden Industriezweiges für die Schwachen, für die Greise, Weiber und Kinder in bevölkerten Ortschaften, welche in dem Seidenbau angemessen lohnende Beschäftigung finden, ihn aber beim Mangel eigenen Grundes und Bodens so lange nicht betreiben können, als es ihnen nicht möglich ist, das Futterlaub zu pachten oder zu kaufen, welches dann mit dem erzielten Gewinne bezahlt wird.

— Das Gründungskomitee des neuen ärztlichen Vereines in Wien erhielt diese Woche die Genehmigung der Statthalterei zugestellt. Beigeflossen war dem Dekrete ein Statuten-Exemplar, nicht etwa des ärztlichen, sondern eines in Gründung begriffenen Leichenvereines, das wohl der Zufall an diese Adresse gewiesen.

— Wie die „Vorst. Btg.“ erfährt (wenn es nicht bloß ein allerdings nicht übler Scherzfall der Redaktion ist) wird am 1. Mai in Wien eine eigenthümliche Jubelfeier stattfinden. Jene Offiziere der Garnison Wiens, welche den Feldzug von 1859 als Lieutenants mitgemacht, dann in den Jahren 1863 und 1866 gemeinsam auf den Schlachtfeldern in Schleswig, Böhmen und Italien gekämpft und geblutet haben, und die trotz alledem heute noch immer den Rang und die Würde eines wirklichen k. k. Lieutenants mit 25 fl. an reinen monatlichen Bezügen bekleiden, gedenken nämlich an diesem Tage

in einem erst zu bestimmenden Lokale ihr zehnjähriges Lieutenants-Jubiläum zu feiern.

— Es zirkuliren in Pest falsche Zwanzigkreuzerstücke, die, aus Glas erzeugt, ganz das Aussehen haben, als wären sie von Silber. Man kann selbe fast nur an dem Klänge, der viel dumpfer ist, erkennen, obgleich auf denselben der Bart an dem Bildnisse des Kaisers ebenfalls nicht ganz präzise geprägt ist, was aber bei einer nur etwas oberflächlichen Betrachtung leicht übersehen werden kann.

— Aus Gmunden wird dem „Bild.“ folgende „wahre“ Geschichte gemeldet: J. K., der Held unserer Geschichte, obwohl erst 20 Jahre alt, hat doch schon ein reich bewegtes Leben hinter sich. Schon als Knabe fand er weit mehr Geschmack an einem freien, ungebundenen Leben als an den Schulbüchern. Vom Ginnasium zu Kremsmünster schon nach anderthalb Jahren gestäubt, verließ er die langweiligen Mäusen und warf sich Merkur in die Arme. In edlem Eifer, sein olympisches Vorbild, den Gott der Kaufleute und — Diebe in allem und jedem zu erreichen, verschwand er eines Tages aus dem Komptoir und nahm einen Theil der Kasse mit. Nach längerem Herumirren trat er in eine Wiener Musikbando, und da es ihm hier nicht gefiel, wurde er Soldat, nahm aber auch da bald seinen Abschied und wurde — wohlbestallter Diurnist bei dem k. k. Bezirksgerichte Gmunden. — Da er aber fortuhr, die Kassen seines Vaters zu leeren, so schickte ihn dieser nach Amerika. Kaum in Newyork angekommen, beschlich ihn das Heimweh. Er fühlte mit richtigem Takte, daß das Land der Arbeit, des Realismus nicht der Boden für idealistische Univerfal-Genies sei. Seiner Beredsamkeit gelang es, sich sogleich wieder eine freie Rückfahrt nach Bremen zu verschaffen. Dort angekommen, ward ihm alsbald die Ehre zu Theil, auf Staats- oder vielmehr Gemeindefosten nach seiner Vaterstadt am hügelumkränzten Traunsee abgeschoben zu werden. Die Freude des Wiedersehens soll — wenigstens elterlicher Seite — sehr mächtig gewesen sein, denn alsbald hatte es der eher Papa weg, daß die frische Luft des Zwangsarbeitshauses zu Laibach nicht nur in Bezug auf den moralischen Klagenjammer seines vielgeliebten Sohnes von unendlich wohlthätiger Wirkung sein müßte. Und so sah man denn eines schönen Morgens unser junges Kraftgenie in Begleitung eines handfesten Gerichtsdieners aus den Thoren Gmündens fort nach Süden wallen und der Vater erblickte bereits im Geiste seinen Sohn als wohlbestallten Wollzupfer zu Laibach. — Aber der Mensch denkt und H. jun. lenkt! Papa hatte den unverzeihlichen Fehler begangen, die Rechnung ohne den Wirth, will sagen, ohne den Herrn Sohn zu machen. Dem jungen Manne gelang es, nicht nur seine in Gestalt eines baunlangen Wächters der Gerechtigkeit beigefellte Begleitung umschädlich zu machen, sondern auch Schillers: „Ein freies Leben führen wir“ demselben so lebhaft und anziehend zu schildern, daß beider Herzen sich alsbald verstanden und die gleichgestimmten Seelen den Entschluß faßten, nicht mehr von einander zu lassen und als zweites Diokuren-Paar vereint durch die sündhafte Welt zu wandeln. Der Gerichtsdienner zeigte bereits brieflich seinen Entschluß der Nimmerwiederkehr hier an.

— Der „Grazer Tagespost“ schreibt man aus Marburg, 17. April: In Marburg haben wir gestern ein seltenes Schauspiel erlebt. Ein 73jähriger Schlosser der Eisenbahnwerkstätte, Emanuel Bürgermeister aus Stein, wurde kürzlich von einer Lokomotive geschleift und mußte ihm der rechte Fuß abgenommen werden. Am 15. d. starb Bürgermeister im allgemeinen Krankenhause; da er sich entschieden geweigert, zu beichten, so wurde ihm das kirchliche Begräbniß verweigert. Die Leichenfeier gestaltete sich zu einer großartigen Kundgebung; außer sämtlichen Arbeitern der Bahnwerkstätten und den Beamten des Südbahn- und Kärntnerbahnhofes nahmen über tausend Menschen Theil am Zuge. Die Leiche wurde im Friedhofe zu St. Magdalena beerdigt. Die Vorstehung der evangelischen Gemeinde hatte Kreuz und Bahrtuch zur Benützung überlassen. Die Südbahn-Viedertafel sang beim Krankenhause und auf dem Friedhofe, die Musikkapelle der Bahnwerkstätten spielte Trauermärsche

und der Obmann des Arbeiter-Bildungsvereines, Redakteur Wiesenthaler, hielt die Grabrede. Die ganze Feier verlief in der musterhaftesten Ordnung.

— Unter dem Titel: „Ein übersehenes Gift“ enthält die neue, in Leipzig erscheinende Wochenschrift „der Volksarzt“ folgendes: In dem Lagerbiere schwimmen oft kleine Stücker Pech, welche sich vom Fasse abgelöst haben und für den Trinkenden, der sie unversehens verschluckt, höchst nachtheilig werden können. In dem Zustande, wie sie in dem Biere schwimmen, sind sie von letzterem durchdrungen und daher zerreiblich und nicht klebend. Der Magen entzieht ihnen aber die Feuchtigkeit und führt sie außerdem durch seine Wärme in ihren früheren Zustand zurück; sie werden wieder klebend und setzen sich an irgend einem Theile des Verdauungsapparats fest, wodurch sie mehr oder weniger große Störung hervorbringen und krankhafte Erscheinungen veranlassen, deren Ursachen man vergebens nachforscht und deren Folgen nichts zu heben vermag.

— Der Bischof von Newjersey hat erklärt, daß er bei der nächsten Firmung auf falsche Haare oder Chignons, wie sie die Köpfe vieler junger Damen jetzt verunzieren, nicht seine Hände segnend legen werde. — Ob er wohl alle Köpfe eigenhändig untersuchen wird?

— Um die „Fürsorge“ der französischen Regierung für die Lehrer gegenüber ihrer Sorgfalt für „Ordnung und Macht“ zu illustriren, gibt die „Opinion nationale“ als Beispiele von Militärbesoldungen folgende an: Der Herzog von Magenta 288.000 Fr., ohne die Dienstwohnung, die Pferderationen und die Nebenemolumente zu rechnen; der Marschall Bailleant 229.000 Fr., die Dienstwohnung und die Nebenemolumente ebenfalls nicht gerechnet; der Marschall Niel 193.000 Fr.; der Admiral Rigault de Genouille 163.000 Fr.; der General Cousin-Montauban, Graf von Palikao, 148.000 Fr.; die Generale Fleury und Rey de la Moskwa jeder 119.000 Fr.; die Generale de Lanoeffine und Mellinet, ersterer Gouverneur der Invaliden, letzterer Kommandant der Pariser Nationalgarde, jeder 92.000 Fr.

— Der ausgezeichnete englische Staatsmann, Lord Stanley, sprach unlängst in einer Festrede zu Glasgow folgendes: „Arbeiten zu lernen, ist eine Hauptaufgabe der Univeritäts-Bildung. Arbeit als Arbeit ist für niemanden angenehm: der Geschmack dafür ist kein angeborener, sondern ein erworbenes Geschmacks. Der Mensch vermag den Mangel an erworbenen Kenntnissen im späteren Leben wohl oder übel auszufüllen, aber ein Verfallniß der Jugend läßt sich nie mehr gutmachen; wenn er nicht gelernt hat zu lernen und zu arbeiten, so wird es ihm im Mannesalter an der steigenden Energie fehlen, durch die allein die Individuen und die Nationen großes zu leisten vermögen. Insofern die Gesetze und die Anordnungen der Gesellschaft in Betracht kommen, darf der Mensch wohl die Früchte genießen, die durch anderer Arbeit produziert sind, ohne selbst zu arbeiten, so lange er im Stande ist, zu bezahlen. Aber wenn die Sache vor dem Tribunale des Gewissens untersucht würde, so müßte ein gewissenhafter und hochherziger Mann fühlen, daß es keine befriedigende Transaktion sei, aus der Welt in der Schuld der Welt zu scheiden, viel konsumirt und nichts produziert, am Festische geschwelgt zu haben und ohne Bezahlung hinweggegangen zu sein.“ Diese Auffassung von den Pflichten des Lebens und von der Bedeutung der Arbeit ist sehr interessant im Munde des Erben einer der reichsten und ältesten Familien der britischen Aristokratie.

— Man meldet aus Fanzibar, 1. Jänner, daß der so oft todtegeagte Livingstone sich auf der Rückreise nach England befindet.

## Ein Banket beim Sultan.

Am 3. April geschah es zum erstenmale in der osmanischen Geschichte, daß ein Sultan in seinem eigenen Palaste mit europäischen Damen zu Tische saß. Eingeladen waren nur der englische, französische, russische und österreichische Botschafter nebst dem Gefolge des Prinzen Wales, der bekanntlich mit der Prinzessin

jetzt in Konstantinopel weilt. Den norddeutschen Gesandten glaubte die Pforte nicht einladen zu müssen, da er nicht den Rang eines Botschafters hat; zu Ruad Paschas Zeiten hätte eine derartige Unschicklichkeit nicht vorkommen können. Der Sultan führte die Prinzessin zu Tische, wo er den Prinzen zur Linken und die Prinzessin zur rechten Seite hatte. Die Unterhaltung war eine sehr lebhaft, und gegen Ende der zum Theil mit türkischen Gerichten besetzten Tafel erhob sich der Sultan, um das Wohl der „Rose von Dänemark“ auszubringen. Nach Tisch führte der Sultan die Prinzessin in das kaiserliche Harem, wo sie mit Konzert und Tanz unterhalten wurde. Das Banquet selbst bildet einen Wendepunkt in der gesellschaftlichen Geschichte des Landes; schon Abdul Medschid sing an, allmählich beim Empfang fürstlicher Gäste von der bis dahin üblichen strengen Etikette des osmanischen Herrscherhauses abzuweichen. Beim Besuch des Herzogs von Brabant, kurz vor seinem Tode, begleitete er seinen Gast bis zur Tafel, und als dieser ihn fragte, warum er nicht auch Platz nehme, erwiderte der Sultan lächelnd: „La prochaine fois.“ Abdul Medschid starb kurz darauf, ohne die an europäischen Höfen geltende Etikette in ihrem ganzen Umfange eingeführt zu haben. Der gegenwärtige Sultan zeigte bei seinem Regierungsantritt entschieden retrograde Tendenzen; erst nach seiner Rückkehr aus Europa hat er daran gedacht, das von seinem Bruder gegebene Versprechen einzulösen, und so ist es gekommen, daß er mit dem Prinzen Napoleon, den Erzherzogen und dem englischen Thronfolger zusammen speiste. Wenn hier und da ein Effendi zum Beweis seiner europäischen Kultur mit einer Schauspielerin Verbindungen knüpft, oder gar in irgend einer Spielhölle von Pera sich betrinkt und die durch Erpressungen zusammengehäuften Reichthümer vergeudet, so erregt er nur Aergerniß; daß Beispiel des Sultans jedoch kann nicht verfehlen, dem türkischen Volke einen handgreiflichen Beweis von der veränderten Stellung zu geben, welche das türkische Reich von jetzt an zu den europäischen Staaten einzunehmen hat.

## Kokal- und Provinzial-Angelegenheiten.

### Kokal-Chronik.

(Die Ausschreibung einer Neuwahl für den Wahlbezirk Adelsberg-Ober-Laibach-Laas) ist von der Landesregierung über Antrag des Landesausschusses auf den Zeitpunkt verschoben worden, da durch die Konstituierung der neuen größeren Gemeinden im Lande die bisher in Ober-Laibach bestandene Gruppierung der Wähler nach drei Wahlkörpern, wodurch dieser Markt ein bedeutendes Uebergewicht über die nach zwei Wahlkörpern konstituirten Ortschaften Adelsberg und Laas erlangt hat, mit diesen beiden in Uebereinstimmung gebracht werden wird. Zwar beabsichtigte der Landtag die berührte Ungleichförmigkeit der Wahlberechtigung durch einige von ihm beantragte Aenderungen der Landtagswahlordnung zu beseitigen, doch haben diese bisher die kaiserliche Sanction noch nicht erlangt. Eine Neuwahl auf Grundlage der alten, zwar ganz im Gehege begründeten Wählerlisten dürfte eine abermalige Annulirung des Wahlaktes zur Folge haben, da nicht voranzusehen ist, daß inzwischen der Landtag seine frühere Anschauung geändert haben werde. Sollten daher die neuen Gemeinden bis zum Beginne des Landtages nicht konstituirte sein, so wird auch in dieser Session der gedachte Wahlbezirk einer Vertretung im Landtage entbehren.

(Erdbeben.) Heute Nachts 2 Uhr wurde ein Erdbeben verspürt. Die indultirende Bewegung hatte anscheinend eine ostwestliche Richtung, war von kurzer Dauer — etwa zwei Sekunden — ohne besonderes Geräusch, aber doch hinreichend, um momentan auch einen gesunden Schläfer aus dem Schlafe zu rütteln.

(Musikalische Neuigkeiten.) Bei Johann Schindler in Prag sind so eben von unserm geschäftigen Musikdirektor Nedved zwei neue Hefte seiner Kompositionen (Op. 10 und 11) erschienen.

Das eine enthält drei Tantum ergo für Sopran, Alt, Tenor und Bass, das andere, der Frau Josefine Terpinz gewidmet, eine Sammlung von acht krainischen Kirchenliedern, ebenfalls für Sopran, Alt, Tenor und Bass. Sämmtliche Kompositionen athmen den Geist echter, würdiger Kirchenmusik und durch die Kirchenlieder wird überdies eine empfindliche Lücke in der slovenischen Musikliteratur in erfreulicher Weise ausgefüllt. Die Ausstattung beider Hefte ist sehr elegant und gefällig.

(Von Rohitsch) wird uns berichtet, daß am Sonn- und Montage dort in Folge eines heftigen andauernden Regens der Grenzbach gegen Kroatien, die Sotla, aus den Ufern getreten ist und die Ebene gegen Rohitsch zu flutend bedeckte. Ein nach Rohitsch fahrender Herrschafts-Verwalter gerieth mit seinen Scheu gewordenen Pferden in das Gewässer und konnte nur mit Mühe gerettet werden. Die Post von Pöls nach Rohitsch konnte ein paar Tage nicht verkehren.

(Aktien-Gesellschaft der Kärntner Eisenwerke.) Die Besitzer von Eisengewerken in Kärnten, die Herren Baron Dickmann, Graf Egger, Graf Christallnigg, Kasper und Comp. haben sich, ähnlich der Bleiberger Bergwerks-Union, zu einer Aktien-Gesellschaft vereinigt, indem sie für ihren Montanbesitz ein Aequivalent in Aktien übernehmen und nun die gesammten Werke in gemeinschaftlicher Rechnung führen. Den Gesammtbesitz der Gesellschaft bilden folgende Werke: Pölling mit den ausgedehnten Waldkomplexen, Prävali, Hest, Traibach, Eberstein, St. Johann am Brück, Klappel u.; die neue Gesellschaft gebietet somit über den ganzen reichen Erzberg, über sämmtliche neuerbaute Hochofen, acht an der Zahl, über das Bessemerwerk in Hest, das Raffinirwerk Prävali mit dem neuen Koalkhochofen, das Gußwerk St. Johann, die Stahlhämmer von Klappel, zusammen im Werthe von neun Millionen Gulden, ohne Inventar und Betriebskapital. Der Sitz der Gesellschaft soll Klagenfurt sein.

### Eingefendet.

Gestern fand die Beerdigung des Mitgliedes des hiesigen Krankenunterstützungs- und Versorgungsvereins Hrn. J. W. statt. Derselbe hatte nur kurze Zeit den geringen Vereinsbeitrag gezahlt und dafür durch 1 Jahr und 9 Monate die namhafte Unterstützung von 2 fl. in der Woche genossen. Außerdem verwendete der Verein zur Veranstaltung seines Leidenbegännisses noch einen Betrag von 15 fl. Ich kann nicht umhin, bei diesem Anlasse auf den genannten, äußerst wohlthätigen Verein aufmerksam zu machen, und namentlich die Gewerbegenossen zu einem recht zahlreichen Beitritt aufzumuntern.

### Ein Vereinsmitglied aus dem Gewerbestande.

### Witterung.

Laibach, 22. April.

Gestern Abends nach 10 Uhr Wetterleuchten in West bei ausgeheiltem Himmel. Heute Vormittags zunehmende Bewölkung, schwacher Nordostwind. Wärme: Morgens 6 Uhr + 4.2°, Nachm 2 Uhr + 11.8° (1868 + 16.1°, 1867 + 14.7°). Barometer: 326.65°, im Fallen. Das gestrige Tagesmittel der Wärme + 9.1°, um 1.4° über dem Normale.

### Angekommene Fremde.

Am 21. April.

**Stadt Wien.** Carnelli, Besitzer, Görz. — Bernabundy, Böhmen. — Erker, Gottsche. — Friederich, Pölsche und Nuzjica, Kaufl.; Milofet, Neiz., und Gantl, Private, Wien. Horn, Stofot. — Kunert, Kaufm., Villau. — Keisner, Kaufm., Leipzig. — Musquitter, Kaufm., Grätz. Krainburg. — Cerni, Private, Warburg. — Thejen, Private, Christiania.

**Elefant.** Kabalzar, Kaufm., Jamnik, Handelsmann, und Randsl, Trieste. — Dellewa, Urem. — Lavenstein, Ingenieur, Klagenfurt. — Sawudet, Pfarrer, Birkniz. — Strobel, Wien.

### Verstorbene.

Den 21. April. Agnes Bozic, Landmannstochter, alt 18 Jahre, im Zivilspital an der Gehirnanschlämme.

### Geschäftszeitung.

**Neue Goldmünzen.** Der Finanzminister hat in der Sitzung vom 19. d. M. des Abgeordnetenhauses einen Gesetzentwurf eingebracht, nach welchem in Zukunft anstatt der Kronen und halben Kronen neue Goldmünzen im Werthe von 8 fl. gleich 20 Franken und 4 fl. gleich 10 Franken, von  $\frac{1}{10}$  Feingehalt im Durchmesser von 21 resp. 19 Millimetern, und im Gehalte von 6.45160 resp. 3.22580 Grammen geprägt werden sollen. Auf der einen Seite wer-

den dieselben das Bild des Kaisers mit der Umschrift: „Franciscus Josephus I. D. G. imperator & rex.“ auf der andern Seite den Adler mit „Imperium austracum“ und die Werthbezeichnung sowohl in Gulden als auch in Franken zeigen.

**Zum Wechthandel** durch die Initiative der Staatsbahngesellschaft ist eine Erleichterung für den Handelsverkehr eingetreten, indem diese zuerst die Wechtharife den Getreidetarifen gleichstellte. Ihrem Beispiele folgten mehrere Bahnen.

**Das Abraupen der Obstbäume.** Pomolog Janisch in Kroisbach bei Graz theilt im steirischen „Landboten“ folgende sehr empfehlenswerthe Methode des Abraupens mit: Um das beschwerliche und gefährliche Abraupen bei großen Obstbäumen auf der Leiter, wobei auch die Aeste beschädigt werden, zu vermeiden, mache ich mir Pechkerzen, binde eine solche auf eine leichte Stange, zünde sie an und brenne damit an einem trockenen und windstillen Tage die Raupennester ab, was leicht, ohne Gefahr und ohne Beschädigung der Bäume geschieht. Bei einem Versuche am Grottenhof bei Graz war das Resultat derart, daß man obige Methode auf das beste jedem Obstbaumbesitzer empfehlen kann. Eine solche Fackel brennt nahezu eine Stunde und kommt bei größeren Bestellungen auf kaum 8 kr. zu stehen. Bei nur etwas feuchtem Wetter brennen die Raupennester nicht, es kann daher nur bei ganz trockener Witterung dieses Abrennens vorgenommen werden.

### Marktbericht.

Rudolfswerth, 20. April. Die Durchschnitts-Preise auf dem heutigen Markt stellten sich, wie folgt:

	fl.	kr.		fl.	kr.
Weizen pr. Megen	4	90	Butter pr. Pfund	—	48
Korn	3	90	Eier pr. Stück	—	14
Gerste	2	70	Milch pr. Maß	—	10
Hafer	2	—	Rindfleisch pr. Pfd.	—	20
Halbfrucht	4	10	Kalbfleisch	—	24
Heiden	3	20	Schweinefleisch	—	22
Hirse	2	88	Schäpflenfleisch	—	—
Kartuffel	2	60	Hähnchen pr. Stück	—	30
Erdäpfel	1	60	Tauben	—	24
Yinsen	4	80	Hen pr. Centner	1	60
Erbsen	4	80	Stroh	—	1
Fisolen	4	48	Holz, hartes, pr. Kst.	6	—
Rindschmalz pr. Pfd.	—	45	weiches, „	—	—
Schweineschmalz	—	45	Wein, rother, pr.	—	—
Speck, frisch	—	—	Eimer . . . . .	5	—
Speck, geräuchert	—	36	weisser . . . . .	4	—

### Gedenktafel

über die am 26. April 1869 stattfindenden Licitationen.

1. Feilb., Lanthierischen Gutes Slap bei Wippach, 8284 fl., W. Laibach. — 1. Feilb., Stoparische Real., Gradowca, 1490 fl., W. Raibach. — 1. Feilb., Zajcische Real., Krobaf, 930 fl., W. Reifniz.

**Erledigungen:** Rathsstelle beim Oberlandesgerichte Graz, 2625 (2100) fl. Binnen 4 Wochen beim Oberlandesgerichts-Präs. Graz. — Adjunktenstelle beim Bezirksgerichte Gurkfeld, 900 (800) fl. Bis 1. Mai beim Kreisgerichts-Präs. Rudolfswerth.

### Wiener Börse vom 21. April.

Staatsfonds.	Geld	Ware	Gold	Ware
Öper. Österr. Währ.	58.30	58.40	West. Hypoth.-Bank	98.50 99.—
Öst. v. J. 1866	63.35	63.45	<b>Prioritäts-Oblig.</b>	
Öst. Rente, öst. Pap.	61.90	62.—	Südb.-Gef. zu 500 fr.	111.50 112.—
Öst. vto. öst. in Silber	70.—	70.10	Öst. vto. Bons 6 pEt.	237.50 238.50
Loth von 1854	92.—	92.50	Reich. (100 fl. Öst.)	92.50 93.—
Loth von 1860, ganz	101.20	101.40	Reich. v. (200 fl. Öst.)	87.50 88.—
Loth von 1860, fünf.	102.—	102.50	Reich. v. (300 fl. Öst.)	88.75 89.25
Prämienf. v. 1864	123.—	123.20	Frankz.-Def. (200 fl. Öst.)	90.75 91.—
<b>Grundentl.-Obl.</b>			<b>Loth.</b>	
Steiermark zu 5 pEt.	90.—	91.—	Kredit 100 fl. Öst.	163.— 163.50
Kärnten, Krain	—	—	Don.-Dampsch.-Gef.	—
u. Küstenland 5	86.—	94.—	zu 100 fl. Öst.	97.— 97.50
u. Krain 5	81.25	81.60	Triester 100 fl. Öst.	120.— 121.—
u. Slav. 5	82.75	—	vto. 50 fl. Öst.	57.— 58.—
Siobenburg, 5	74.75	75.25	Österr. 40 fl. Öst.	37.50 38.50
<b>Action.</b>			Westerb. 40 fl. Öst.	—
Nationalbank	725.—	726.—	Salz 40	42.50 43.—
Creitanstalt	286.—	286.20	Waffly 40	35.— 36.—
N. ö. Compt.-Gef.	821.—	825.—	Uary 40	37.50 38.—
Anglo-österr. Bank	318.—	318.50	St. Genois 40	33.75 34.—
Deft. Hypoth.-B.	293.—	295.—	Wid. v. Grätz 20	22.50 23.—
Deft. Hypoth.-Bank	105.—	107.—	Waldstein 20	24.50 25.50
Steier. Compt.-B.	232.—	234.—	Reglevich 10	16.25 16.75
Kais. Ferd.-Nerdb.	2327	2330	Waldsch. 10 fl. Öst.	15.— 15.50
Südbahn-Gesellch.	232.20	232.40	<b>Wechsel (3 Mon.)</b>	
Kais. Elisabeth-Bahn	186.50	187.—	Engl. 100 fl. südd. W.	103.30 103.50
Carl-Ludwig-Bahn	217.—	217.—	Frankf. 100 fl.	103.60 103.70
Siobend. Eisenbahn	161.50	162.—	London 10 fl. Sterl.	124.40 124.50
Kais. Franz-Josephs.	179.50	180.—	Paris 100 Francs	49.45 49.50
Kais. Ferd. v. C.	188.75	189.25	<b>Münzen.</b>	
Waldsch.-B.	163.25	163.75	Ration. 5 W. verlobt.	95.60 95.80
<b>Pfandbriefe.</b>			ung. vob.-Creditanst.	92.25 92.75
Ration. 5 W. verlobt.	95.60	95.80	Wg. öst. vob.-Cred.	109.25 109.75
ung. vob.-Creditanst.	92.25	92.75	vto. in 33 S. rückg.	92.— 92.50
Wg. öst. vob.-Cred.	109.25	109.75	Kais. Münz-Ducaten.	5.85 5.87
vto. in 33 S. rückg.	92.—	92.50	20-Francstüd.	9.93 9.94
			Verrentgaler	1.82 1.83
			Silber	122.25 122.75

### Telegraphischer Wechselkurs vom 22. April.

5perz. Rente Österr. Papier 61.75. — 5perz. Rente Österr. Silber 69.90. — 1860er Staatsanlehen 100.10. — Banfaktien 724. — Kreditaktien 285.20. — London 124.—. — Silber 122.—. — R. I. Ducaten 5.83 1/2.